

# Maximilianeum

Das Online-Magazin des Bayerischen Landtags

Jahrgang 3 | Ausgabe Nr. 3 | Mai 2009

## Das Grundgesetz feiert Geburtstag Festakt im Plenarsaal des Bayerischen Landtags

*Mit einem gemeinsamen Festakt im Maximilianeum haben der Bayerische Landtag und die Bayerische Staatsregierung an 60 Jahre Grundgesetz und 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland erinnert.*

Festredner Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesminister a.D., betonte, dass sich das Grundgesetz als ein besonderer Glücksfall für die jüngere Geschichte Deutschlands erwiesen habe. Ministerpräsident Horst Seehofer würdigte die Werteordnung des Grundgesetzes als aktueller denn je.

Zum Auftakt des Festakts sagte Landtagspräsidentin Barbara Stamm, für Bayern habe die



Schwarz-Rot-Gold: Die gehisste Deutschlandfahne auf dem Dach des Maximilianeums. Foto: Poss

ser Jahrestag eine ganz besondere Bedeutung. Im Mai 1949 habe es „eine der denkwürdigsten Sitzungen“ des Landtags gegeben, bei der das Grundgesetz abgelehnt wurde. Zugleich habe das Parlament aber „Ja zur Bundesrepu-

blik Deutschland“ gesagt und die Rechtsverbindlichkeit der Verfassung anerkannt. Dies sei historisch gesehen die „weitaus wichtigere Entscheidung“ gewesen.

*Lesen Sie mehr ab Seite 3*

### Themen

#### 60 Jahre Grundgesetz

Festakt und Symposium



Seite 3

#### Historische Abstimmung

Dröhnendes „Nein“ - Geflüstertes „Ja“



Seite 6

#### Versammlungsrecht

Neue Gesetzentwürfe



Seite 11

#### In den Fängen der DDR-Hydra

Vortrag über System der Stasi



Seite 15

## Liebe Leserin, lieber Leser,

es war eine lange und tumultartige Sitzung, die der Bayerische Landtag vor 60 Jahren am 19. und 20. Mai absolvierte: 17 Stunden lang wurde heiß debattiert, dann folgte die Abstimmung: Die Mehrheit der bayerischen Volksvertreter lehnte das Grundgesetz ab. Bei allem Brüllen des bayerischen Löwen war dieses „Nein“ jedoch kein grundsätzliches: Die Ablehnung richtete sich nicht gegen den „Geist“ der neuen Verfassung, sondern gegen die Ausgestaltung des Föderalismus.

Unmittelbar im Anschluss führte der Landtag eine zweite Abstimmung durch, in der dieselbe Mehrheit bekräftigte, dass das Grundgesetz auch für Bayern rechtsverbindlich sei, wenn es von zwei Drittel aller Länder ratifiziert werde. Daran bestand kein Zweifel. „Dröhnendes Nein, Geflüstertes „Ja“ – so betitelt Dr. Peter Jakob Kock seinen Beitrag in dieser Ausgabe über die damalige Haltung des bayerischen Parlaments.

[➔ MEHR](#)

Die freiheitlichste Verfassung in der deutschen Geschichte habe sich seitdem bewährt – darin stimmen alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen heute überein.

Mit einem gemeinsamen Festakt begingen Parlament und Staatsregierung den 60. Geburtstag. Wir berichten über die Feierlichkeiten im Maximilianeum ebenso wie über das Symposium „Streitfall Föderalismus: 60 Jahre Grundgesetz“, bei dem namhafte Wissenschaftler und Experten in Vorträgen ihre Sicht zur Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Europa diskutierten.

[➔ MEHR](#)

Weitere Themen dieser Ausgabe: Die Novellierung des bayerischen Versammlungsgesetzes, die Ausschreibung des Bürgerkulturpreises und die bevorstehende Wahl zum Europaparlament am 7. Juni.

Wir wünschen Ihnen wieder eine interessante Lektüre!  
DIE REDAKTION



Foto: ddp

## Inhalt

Editorial	2
<b>Titelthema</b>	
Das Grundgesetz feiert Geburtstag Experten beleuchten „Streitfall Föderalismus“	3
Dröhnendes Nein, geflüstertes Ja	5
Standpunkte der Fraktionen: Brauchen wir eine neue Verfassung?	6
9	
<b>Parlament</b>	
Novellierung des Versammlungsrechts	11
Serie: Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	12
<b>Parlamentsleben</b>	
In den Fängen der DDR-Hydra Vortrag von Stasi-Experte Dr. Helmut Müller-Enbergs	15
Bürgerkulturpreis	16
Internationale Gäste	17
Vor der Europawahl: Jede Stimme zählt	19
<b>Notizen</b>	
Tag der Pressefreiheit	20
Landeswettbewerb	
„Jugend debattiert 2009“	21
Wanderausstellung des Bayerischen Landtags wieder auf Tour	22

60 Jahre Grundgesetz

## „Ein besonderer Glücksfall unserer Geschichte“

*Mit einer Feierstunde hielt das bayerische Parlament Rückschau auf eine seiner denkwürdigsten Sitzungen vor 60 Jahren: Damals hatte der Landtag sein „Nein“ zum Grundgesetz und zugleich sein „Ja“ zur Bundesrepublik Deutschland erklärt. Der Jahrestag bot auch Anlass, Bilanz zu ziehen: „Die freiheitlichste Verfassung in der deutschen Geschichte hat sich bewährt. Sie war und ist der Garant für Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand“, sagte Landtagspräsidentin Barbara Stamm.*



*Eindrucksvoller Rückblick, ermutigender Ausblick: Festredner Dr. Hans-Jochen Vogel. Foto: Poss*

Erinnern an die Entstehung und Bedeutung des Grundgesetzes, sich besinnen auf dessen Folgen, und Mut schöpfen für die aktuellen Herausforderungen – das war der Bogen, den Hans-Jochen Vogel, der frühere SPD-Bundesvorsitzende, in seiner mit großem Applaus bedachten Festrede spannte. Repräsentanten aus Politik und Staatsverwaltung, aus Wissenschaft, Kirchen, Schulen, Medien sowie dem konsularischen Korps waren zur Feierstunde in das Maximilianeum gekommen.

Vogel bezeichnete das Grundgesetz, das zunächst mit Blick auf die deutsche Teilung als Provisorium gedacht war, als einen besonderen „Glücksfall unserer jüngeren Geschichte“. Es



*Redner des Festakts (von links): Bundesminister a.D. Dr. Hans-Jochen Vogel, Ministerpräsident Horst Seehofer, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Dr. Karl Huber, Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs.*

*Foto: Poss*

habe die substantielle Voraussetzung für die Entwicklung der Bundesrepublik geschaffen und ihre bisherige Geschichte geprägt – eine „Erfolgsgeschichte, für die es in unserer Historie kaum eine Parallele gibt“, wie Vogel hervorhob. Er appellierte an die Mitbürgerinnen und

Mitbürger, das Grundgesetz und seine Wertordnung weiterhin ernst zu nehmen und diese Ordnung immer wieder mit Leben zu erfüllen. Denn, so Vogel, „ein Gemeinwesen zerbricht, wenn es der Verlässlichkeit ermangelt und jeder nur noch dem eigenen Egoismus folgt“.

## Festakt 60 Jahre Grundgesetz



Seltene Einmütigkeit im Plenum: Applaus von allen Seiten für das Grundgesetz.

Foto: Poss

Zum Auftakt hatte Landtagspräsidentin Barbara Stamm an die mit großer Emotionalität und Leidenschaft geführte Debatte zum Grundgesetz vom 19. auf den 20. Mai 1949 erinnert. Damals hatte der Landtag das Grundgesetz in einer 17-stündigen Marathon-sitzung mit 40 Redebeiträgen mehrheitlich abgelehnt, zugleich aber seine Rechtsver-bindlichkeit anerkannt. „Bayerns Ablehnung des Grundgesetzes hatte nur den Wert einer

Demonstration, sozusagen einer zu Protokoll gegebenen Sorge“, sagte Barbara Stamm und zitierte damit Bernhard Ücker, den langjähri-gen Landtagskorrespondenten des Bayerischen Rundfunks, der als Zeitzeuge die damalige Debatte miterlebt hatte und nun, 60 Jahre später, wieder Zuhörer im Plenarsaal war. Diese Befürchtung Bayerns, so die Landtags-präsidentin, galt der Tendenz zu immer mehr Zentralismus und weniger Föderalismus. Trotz



Gaben eine rhetorische Kostprobe am Rednerpult: die Landesfinalisten von „Jugend debattiert“ (links). Zeitzeuge Bernhard Ücker, langjähriger Landtagskorrespondent des BR, mit der Landtagspräsidentin (Mitte). Rechts: Das Bläserensemble esBRASSivo umrahmte den Festakt musikalisch. Fotos: Poss

dieser schon damals absehbaren Gewichts-verlagerungen „hat sich die freiheitlichste Verfassung in der deutschen Geschichte be-währt“, betonte Barbara Stamm. „Bayern ist in den letzten 60 Jahren auf den Fundamenten des Grundgesetzes einen erfolgreichen und glücklichen Weg gegangen“, resümierte Dr. Karl Huber, Präsident des Bayerischen Verfas-sungsgerichtshofs. Ministerpräsident Horst Seehofer würdigte die Werteordnung des Grundgesetzes: „Wir müssen die Werte, von denen unser Grundgesetz geprägt ist, wieder stärker in den Mittelpunkt stellen“, so der Ministerpräsident und führte das christliche Menschenbild, die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen für sich selbst, aber auch für die Gesellschaft insgesamt sowie die Solidarität mit den Schwachen auf. Diese Werte seien aktueller denn je und bildeten das Fundament

für die Bewältigung der aktuellen Krise. Be-gleitet vom Bläser-Ensemble esBRASSivo san-gen die Festgäste zum Abschluss gemeinsam das Deutschlandlied und die Bayernhymne. Zuvor waren Tanja Mascha aus Nittenau und Christian Dürschmied aus Poing, die beiden Landesfinalisten des Jahres 2007 von „Jugend debattiert“, ans Rednerpult getreten und hat-ten zur Frage „Soll die Kultur als Staatsziel-bestimmung ins Grundgesetz aufgenommen werden?“ ihre Argumente ausgetauscht – eine Kostprobe meisterhafter Debattenkultur. Eine solche Kultur ist wichtig, denn: Gute Debatten sind eine Voraussetzung lebendiger parlamen-tarischer Demokratie. /kh

**Hinweis: Alle Redemanuskripte des Festakts sowie ein Video von der Veranstaltung fin-den Sie im Internetangebot des Bayerischen Landtags.** [➔ MEHR](#)

Symposium 60 Jahre Grundgesetz

## Experten beleuchten „Streitfall Föderalismus“

*Bayern hat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland entscheidend beeinflusst. Daran erinnerte ein Symposium, das der Bayerische Landtag und die Akademie für Politische Bildung Tutzing anlässlich des 60. Geburtstags des Grundgesetzes gemeinsam im Maximilianeum veranstaltet haben.*

Der Bayerische Landtag hat in einer dramatischen Marathonsitzung vom 19. auf den 20. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt – aus der Sorge heraus, der Föderalismus komme in der Verfassung zu kurz. Landtagspräsidentin Barbara Stamm erinnerte in ihrer Begrüßungsrede an

die großen Bedenken des damaligen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard. Dieser hatte befürchtet, das Grundgesetz stelle der Entwicklung zu einem erneuten zentralistischen Staat zu wenig entgegen. „Diese Möglichkeiten sind so vielfacher Art, dass es einer sehr großen Wachsamkeit im zukünftigen Bunde bedürfen

wird, damit sich die gewiss im Augenblick immer noch föderalistische Verfassung nicht unter der Hand plötzlich in eine zentralistische Verfassung verwandelt“, zitierte Barbara Stamm aus der Rede Ehard's vor 60 Jahren.

„Dr. Hans Ehard hat vieles von dem vorausgesagt, was wir heute als Aushöhlung des Föderalismus erleben. Man hätte besser auf ihn hören sollen“, würdigte Professor Heinrich Oberreuter, der Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing, im Nachhinein die Bedenken des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten. Oberreuter bezeichnete Ehard als „Erfinder des Bundesrats“. Seinem Einfluss und dem seiner Mitstreiter sei das Mitbestimmungsrecht der Länder wesentlich zu verdanken. „Darin liegen auch die Wurzeln dafür, dass Bayern in Berlin etwas zu sagen hat“, betonte Oberreuter.

Das Föderalismusproblem ist nach 60 Jahren so aktuell wie eh und je, das belegten verschiedene Redner in ihren Referaten. Der Bogen spannte sich vom Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee bis zur Rolle der Bundesländer in der Europäischen Union, die Reinhold Bocklet, Erster Vizepräsident des Bayerischen Landtags, darlegte.

### Teilnehmer im Überblick

- Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter, Direktor der Akademie für Politische Bildung und Universität Passau (*Einführung*);
- Prof. Dr. Udo Wengst, Institut für Zeitgeschichte, München (*Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee*);
- Dr. Karl-Ulrich Gelberg, Bayerische Akademie der Wissenschaften, München (*Bayerische Positionen in Bonn und München*);
- Prof. Dr. Rudolf Morsey, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer (*Die Rolle der Bayerischen Ministerpräsidenten*);
- Roland Tichy, Wirtschaftswoche, Düsseldorf (*Föderalismus - Behinderung wirtschaftlicher Dynamik?*);
- Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Peter Schneider, Deutsches Institut für Föderalismusforschung, Hannover (*Föderalismus: Aushöhlung oder Reform? Verfassungsrechtliche Überlegungen*);
- Reinhold Bocklet, Erster Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Staatsminister a.D. (*Die Bundesländer in der EU*).

[Ausführlicher Bericht zu den einzelnen Redebeiträgen](#)



Zwei Kommissionen haben sich im Vorfeld des 60. Grundgesetzjubiläums um die Revitalisierung des Föderalismus bemüht. Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet während seines Vortrags.

Fotos: dpa/Helmö:

/hw

60 Jahre Grundgesetz

## Dröhnendes „Nein“ – Geflüstertes „Ja“

*Nur mit Mühe konnte Landtagspräsident Michael Horlacher in der ersten Morgenstunde des 20. Mai 1949 die Emotionen zügeln, als er nach 17-stündiger Parlamentsdebatte bekanntgab: „Das Grundgesetz in der vorliegenden Form hat nicht die Zustimmung des Bayerischen Landtags gefunden.“*

Unter Blitz und Donner eines starken Gewitters über der Landeshauptstadt hatten zuvor 101 Abgeordnete den Bonner Entwurf des Grundgesetzes abgelehnt, 63 votierten dafür, neun enthielten sich der Stimme. Nach Verlesung des Abstimmungsergebnisses

(davon lediglich einer in den Reihen der CSU) akzeptierte der Landtag das Ergebnis der Verhandlungen des Bonner Parlamentarischen



*Abstimmung in den Morgenstunden des 20. Mai: 63 Abgeordnete stimmten für das Grundgesetz, 101 dagegen. Damit lehnte die Mehrheit des Landesparlaments die Verfassung der Bundesrepublik ab.*

*„Man soll die Dinge nicht so tragisch nehmen, wie sie sind.“* Michael Horlacher, Landtagspräsident 1946 bis 1950

kamen aus den SPD-Reihen laute Pfui-Rufe, und Jean Stock reagierte empört auf besänftigende Worte des Präsidenten: „Aber der Bayerische Landtag ist der einzige, in dem das Grundgesetz keine Zustimmung gefunden hat!“

Die Aufregung der Sozialdemokraten war eher taktisch, denn die CSU-Landtagsmehrheit flüsterte wenig später ihr „Ja“ zum Grundgesetz für die künftige Bundesrepublik Deutschland: Mit 97 Stimmen bei 70 Enthaltungen (vorwiegend in den Reihen der SPD) und nur sechs Totalverweigerern

Rates für den Fall, dass die vorgeschriebene Zweidrittel-Mehrheit in den Ländern erreicht würde. Und daran war überhaupt nicht zu zweifeln.

Hinter den Kulissen, sprich hinter den Türen der CSU-Fraktion, war vorher die Situation glasklar nüchtern erörtert worden. Staatsminister Anton Pfeiffer, im Parlamentarischen Rat Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, kleidete das Problem in die Frage: „Wie würden wir uns entscheiden, wenn wir sicher wüssten, dass von unseren bayerischen Stimmen das Zustandekommen der westdeutschen

## Dröhnendes „Nein“ – Geflüstertes „Ja“



19. und 20. Mai 1949: Historische Debatte im Landtag. Fotos: Bildarchiv Bayerischer Landtag

Republik abhängen würde?" Und Ministerpräsident Hans Ehard, der mit der Frage der Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes sein Verbleiben im Amt verband, sagte: „Der Anschein des Abseitsstehens wäre das Ende jedes bayerischen Einflusses auf Bundesebene.“ Pfeiffer besänftigte die Bonn-Kritiker in seiner Partei mit dem Hinweis auf das bayerische Verhandlungsergebnis, das die Fahne des Fö-

deralismus hochhalte. „Unsere Erfolge sind an sich schon unerhört. Dass das Grundgesetz überhaupt sehr viele Mängel hat, rührt daher, dass die zurückliegende Zeit in Deutschland eine Zeit des Chaos war, in der alle möglichen Kräfte an die Oberfläche gespült wurden.“ Franz Josef Strauß, CSU-Abgeordneter im Frankfurter Wirtschaftsrat und in München Gast der Fraktion, stellte klar: „Unser Nein zu Bonn berechtigt uns genauso zur Mitarbeit in Bonn. Wenn aber nein gesagt wird, dann muss damit aber auch ein grundsätzliches Bekenntnis zu Gesamtdeutschland verbunden werden.“

Das von Hans Ehard ausgegebene Motto „Nein zum Grundgesetz, Ja zu Deutschland“ wies den einzig möglichen Ausweg aus einer

Zwickmühle für die CSU, in die sie durch die radikal-föderalistische Bayernpartei geraten war. Zu ihr, die Bonn bekämpfte wie bei der Reichsgründung die bayerischen Patrioten die Preußen, liefen landauf landab scharenweise CSU-Anhänger über, vor allem im ländlich-katholischen Altbayern. Im Landtag war die Bayernpartei nur indirekt durch ihren Vorsitzenden Josef Baumgartner vertreten, der als CSU-Dissident fraktionslos war. In der Manier eines Volkstribuns blies er demagogisch zum Kreuzzug gegen einen neuen unheilvollen Zentralismus Bonner Spielart.

Jenseits plakativer Argumente in der nächtlichen Redeschlacht ging es der CSU aber auch darum, den „bayerischen Standpunkt“ in der Verfassungsdebatte zu dokumentieren: Das

Grundgesetz hatte demnach eine Reihe gravierender Mängel in der Steuer- und Finanzgesetzgebung und im Zuständigkeitskatalog des Bundesrats. So gut wie unerwähnt blieb, dass Bayern mit der Etablierung einer zweiten Kammer, zusammengesetzt aus Regierungsvertretern der Länder, einen fundamentalen Erfolg gegenüber der norddeutschen CDU verbuchen konnte. Diese Etablierung eines Bundesrats hatte die Staatsregierung im Alleingang in einem Zusammenspiel mit den Sozialdemokraten im Parlamentarischen Rat durchgeboxt, sehr zum Missfallen von Konrad Adenauer, der einen Senat favorisierte.

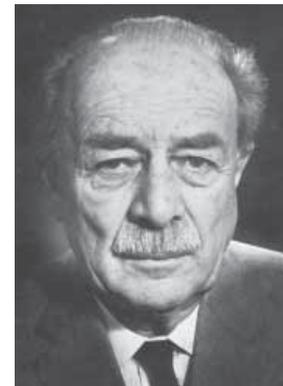
Doch zurück zur Landtagssitzung am 19. und 20. Mai vor 60 Jahren. Dort forderte öffentlichkeitswirksam – die Debatte wurde im



Dr. Hans Ehard (CSU)



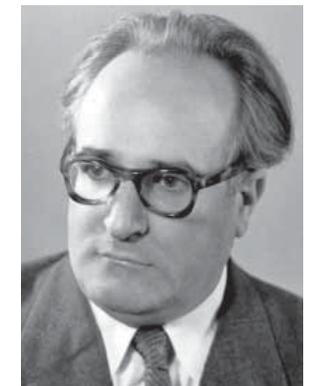
Dr. Anton Pfeiffer (CSU)



Prof. Dr. Wilhelm Hoegner (SPD)



Dr. Thomas Dehler (FDP)



Prof. Dr. Josef Baumgartner (BP)

## Dröhnendes „Nein“ – Geflüstertes „Ja“



Karikatur aus dem *Simplicissimus* (1949) zur Verabschiedung des Grundgesetzes :

„Zum Andenken an die tugendhafte Jungfrau Bavaria, die hier von dem Räuberhauptmann Carlo und seinen Spießgesellen vergewaltigt wurde.“

Fotos: Bildarchiv Bayerischer Landtag

Bayerischen Rundfunk übertragen – Bayernpartei-  
chef Josef Baumgartner „alle Hoheitsrechte zurück, die uns seit 1871 Stück für Stück geraubt und gestohlen wurden“. Seine Alternative lautete: „Ein Staatenbund aus selbständigen freien Staaten“, freiwillig mit Staatsverträgen zusammengeschlossen. Ministerpräsident Hans Ehard beklagte vor allem, dass der Bundesrat nicht gleichberechtigt sei und deshalb das Grundgesetz Schritt um Schritt das bundesstaatliche Zusammenleben hemmen werde. Wilhelm Hoegner, der als einer der wenigen Sozialdemokraten dem Grundgesetzentwurf ebenfalls mit Argwohn begegnete, beteiligte sich demonstrativ nicht an der Diskussion. In einer „persönlichen Erklärung“ zum Schluss sagte er: „Die Zwangslage, in der sich Deutschland befindet, veranlasst mich, die staatsrechtlichen Bedenken gegen das Bonner Grundgesetz zurückzustellen. Ich werde deshalb in dieser für die nächste deutsche Zukunft so bedeutsamen Frage mit meinen alten politischen Freunden stimmen.“ Auch in Briefen und Telegrammen an den Landtag nahmen Bayerns Bürger regen Anteil an der Grundgesetzdebatte. „Damit der Humor nicht zu kurz kommt“, verlas Präsident Michael Horlacher einige Kostproben. „Schallende Heiterkeit und Beifall“ – so vermerkt das Protokoll – erntete ein Scherzbold,



Wahlplakat der Bayernpartei nach 1949.

der frei nach dem englischen Waterloo-Feldherrn Wellington telegraphierte: „Ich wollte, es wäre Abend und die Preußen kämen.“ Gleich zu Beginn der Sitzung hatte Horlacher, um die Emotionen zu dämpfen, das Motto ausgegeben: „Man soll die Dinge nicht so tragisch nehmen, wie sie sind.“ Seine weitere Lebensweisheit behielt er für sich: „Man muss die Grundsätze so hoch hängen, dass man bei entscheidenden Momenten unten durchkommt.“

/Peter Jakob Kock

## 60 Jahre Grundgesetz

# Braucht Deutschland eine neue Verfassung?

*Der Vorsitzende der Bundes-SPD, Franz Müntefering, fordert eine neue gesamtdeutsche Verfassung. Viele Ostdeutsche fühlten sich unwohl mit dem „übergestülpten“ Grundgesetz, so der Politiker. In Bayern teilt keine der fünf Landtagsfraktionen diese Auffassung.*

### Neue Verfassung statt Grundgesetz?



Das Grundgesetz - Basis für die Entwicklung einer stabilen Demokratie.

Foto: ddp

### Petra Guttenberger, MdL (CSU)

Die Bundesrepublik Deutschland feiert ihren 60. Geburtstag. Die 60-jährige Erfolgsgeschichte von Frieden, Freiheit und Wohlstand ist eng mit unserem Grundgesetz verknüpft. Ich stimme dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier uneingeschränkt zu, dass es „die beste Verfassung ist, die Deutschland je hatte“. Unser Grundgesetz ist zu Recht über die Jahrzehnte zu einer Modellverfassung für andere Länder geworden.

Die darin garantierten Grundrechte verkörpern in ihrer Gesamtheit eine Wertordnung, die als verfassungsrechtliche Basis für ein gedeihliches Zusammenleben gilt. Das Grundgesetz garantiert und vermittelt unserer Gesellschaft Werte und Orientierung. Aufklärung, Menschenrechte, Emanzipation und vor allem unsere christliche Prägung haben diese menschliche und moderne Verfassung genauso hervorgebracht wie die bitteren Erfahrungen aus der finsternen Zeit, in der gerade unsere christlichen Werte und Früchte der Aufklärung mit Füßen getreten wurden.

Unverständlich bleibt, warum der SPD-Vorsitzende Müntefering durch die von ihm angestoßene Debatte über eine neue Verfassung das Misstrauen gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nährt. Für Konservative gilt immer, dass das Bessere der Feind des Guten ist. Aber da braucht sich unser Grundgesetz nicht zu verstecken.



### Franz Schindler, MdL (SPD)

Nein! 60 Jahre Grundgesetz sind eine Erfolgsgeschichte. Was als Provisorium gedacht war, hat sich über die Jahrzehnte bewährt und als die beste Verfassung erwiesen, die Deutschland je hatte.

Das Grundgesetz ist einerseits offen für den notwendigen Wandel, andererseits aber auch rigide, wenn es um die Grundrechte geht. Die Kernbestandteile des Grundgesetzes, die Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Sozialstaatlichkeit und die Gliederung des Bundes in Länder waren und sind unabänderlich die Voraussetzung dafür, dass sich in der Bundesrepublik eine offene Gesellschaft und eine stabile Demokratie entwickeln konnten.

Einen Mangel freilich hat das Grundgesetz: Es ist anders als zum Beispiel die Bayerische Verfassung nie, weder 1949 noch nach der Wiedervereinigung, vom Volk in freier Selbstbestimmung beschlossen worden. Leider sind damals Initiativen, eine breite Verfassungsdiskussion zu führen und eine neue gesamtdeutsche Verfassung zu schaffen, gescheitert. Jetzt ist aber nicht die Zeit für eine neue Verfassungsgebung. Vielmehr geht es darum, das Grundgesetz unter strikter Beachtung seines Kernbestands behutsam zu modernisieren. Die nächsten Bewährungsproben für das Grundgesetz, nämlich die Globalisierung in allen Bereichen und die europäische Integration, stehen unmittelbar bevor.



Bayern,  
aber gerechter.

## Braucht Deutschland eine neue Verfassung?

### Florian Streibl, MdL (Freie Wähler)

Unser Grundgesetz wird 60 Jahre alt. In dieser Zeit ohne kriegerische Auseinandersetzungen in Mitteleuropa hat sich die rechtsstaatliche Kultur Deutschlands nachhaltig vertieft und verbreitert. Das Grundgesetz wurde zu einem stabilen und dauerhaften Fundament des demokratischen Rechtsstaats und bildet es noch immer. Debatten über die Weiterentwicklung des Grundgesetzes sind angesichts Globalisierung und EU-Gesetzgebung selbstverständlich. Eine grundsätzliche Neudefinition einzelner Begriffe oder die Formulierung neuer Staatsziele ist jedoch nicht notwendig, die im Grundgesetz formulierten Wertvorstellungen sind heute gültiger denn je. Das Grundgesetz war und ist Garant für die friedliche, freiheitliche, rechtsstaatliche und demokratische Verfassung Deutschlands und hat sich in Realität und Praxis bewährt. Eine strukturelle Veränderung oder Neufassung in Form einer Verfassung birgt die Gefahr, die noch immer aktuellen Intentionen der Väter und Mütter des Grundgesetzes zu verfälschen, nicht zuletzt zu Ungunsten des föderativen Systems. Gerade die Grundrechte und die Präambel des Grundgesetzes werden durch eine verantwortungsvolle Rechtsprechung immer wieder neu ausgelegt und aktualisiert und bilden einen allzeit gültigen Leitfaden an Wertvorstellungen. Was wir heute benötigen, ist keine neue Verfassung, sondern die konsequente Verwirklichung und Bewusstmachung des existierenden Grundgesetzes. Es hat der Bundesrepublik 60 Jahre als höchstrangige Rechtsquelle Halt gegeben. Es ist nicht ersichtlich, warum man den bewährten Halt heute aufgeben sollte.



### Susanna Tausendfreund, MdL (Grüne)

Das Grundgesetz hat sich bewährt: Unsere Verfassung ist ein erfolgreiches Beispiel für die nachhaltige Redemokratisierung eines Landes. Sie ist weltweit zum Vorbild geworden. Auch wenn wir Grünen die politische Praxis immer wieder kritisieren, ist das Grundgesetz die Basis für eine funktionierende Gewaltenteilung und eine gesunde Demokratie in unserem Land. Auch die künftigen Herausforderungen können wir auf der Grundlage des Grundgesetzes meistern. Dabei bedarf es immer wieder zeitgemäßer Anpassungen. Hier plädieren wir für mehr Demokratie: Wir fordern den bundesweiten Volksentscheid, denn eine breitere Basis politischen Handelns tut Not. Einerseits steigt die Anzahl der Nichtwähler, andererseits dürfen Millionen ausländischer Bürger, die hier leben und arbeiten, nicht wählen. Wir wollen das Wahlrecht erweitern und das Wahlalter auf 16 senken, um junge Menschen, um deren Zukunft es schließlich geht, einzubeziehen. Eine Änderung des Grundgesetzes schmerzt uns noch heute: Das Recht auf Asyl wurde aufgrund der Erfahrung von Verfolgung und Vernichtung im Grundgesetz verankert. Die Einschränkung des Asylrechts von 1993 kann unseren menschenrechtlichen Ansprüchen nicht genügen. Bedenklich ist auch die zunehmende Missachtung des Grundgesetzes im Bürgerrechtsbereich. Hier musste das Bundesverfassungsgericht viel zu häufig eingreifen: In den letzten vier Jahren wurde jedes neue Sicherheitsgesetz für verfassungswidrig erklärt. Deshalb mein Aufruf: Statt einer neuen Verfassung brauchen wir Politiker, die im Sinne des Grundgesetzes handeln und es positiv fortentwickeln.



Die Grünen  
im Bayerischen  
Landtag

### Dr. Andreas Fischer, MdL (FDP)

Pünktlich zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes wird nun wieder über eine neue Verfassung diskutiert. Nach der Wiedervereinigung kam diese Frage letztmalig auf, als darüber nachgedacht wurde, für die Bundesrepublik eine gemeinsame Verfassung zu schaffen. Damals einigte man sich auf ein „Provisorium“, das sich im Laufe der Jahre aufgrund seiner Qualität doch zur gesamtdeutschen Verfassung verfestigte.

Das Grundgesetz war und ist eine Anleitung, die weltweit ihresgleichen sucht. Wir Deutschen haben damit schließlich das Laufen in der Demokratie gelernt. Das Grundgesetz erfüllt nicht nur alle Funktionen einer Verfassung, sondern wird auch den Legitimitätsanforderungen an eine Verfassung gerecht.



Wenn auf der einen Seite anklingt, etwas könnte zu alt sein, so wird auf der anderen Seite schnell befürchtet, etwas könnte nicht zukunftsfähig sein. Doch mit dem deutschen Grundgesetz ist es gerade anders. Typisch für freiheitliche Verfassungen ist es, Veränderungen zuzulassen und zukunftsfähig zu sein.

Deshalb ein ganz klares „Nein“! Wir brauchen keine neue Verfassung, wir müssen uns vielmehr an den liberalen Kern unseres Grundgesetzes erinnern und können stolz auf unsere Verfassung sein!

# Novellierung des Versammlungsrechts

Regierungsfraktion sowie Bündnis 90/Die Grünen reichen neue Gesetzentwürfe ein

*Demonstrieren in Bayern soll wieder einfacher werden: Auf Intervention des Bundesverfassungsgerichts und des Koalitionspartners FDP hat die CSU einer Lockerung des im vergangenen Jahr verabschiedeten Versammlungsrechts zugestimmt. Die Koalitionäre reichten Mitte Mai einen entsprechenden neuen Gesetzentwurf ein. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legte ebenfalls einen Gesetzentwurf vor.*

Bayern hatte 2008 als erstes Bundesland ein eigenes Versammlungsgesetz beschlossen. Die Föderalismusreform von 2006 verlieh dem Freistaat die dazu notwendige Gesetzgebungskompetenz. In ihrem neuen Entwurf haben die Regierungsfaktionen das bayerische Gesetz nun in mehreren zentralen Punkten gelockert.

So soll die Anmeldung einer Kundgebung künftig erleichtert und die Anmeldefrist von

bislang 72 Stunden auf zwei Werktage verkürzt werden. Die Befugnisse der Sicherheitsbehörden werden eingeschränkt: Die Polizei darf Demonstranten künftig nicht mehr heim-



Beim Versammlungsgesetz gilt es, die richtige Balance zwischen Freiheit und innerer Sicherheit zu finden. Foto: dpa

lich auf Video filmen, sondern nur noch offen. Bilder, Filme und Tonaufnahmen müssen kurzfristiger gelöscht werden. Auch die Androhung von Bußgeldern bei Regelverstößen, die das

Bundesverfassungsgericht in einer einstweiligen Anordnung Anfang des Jahres bereits außer Kraft gesetzt hatte, ist in dem neuen Entwurf nicht mehr zu finden.

Insgesamt 14 Regelungen wurden aus dem Gesetz gestrichen und 23 so umgeschrieben, dass [Dr. Andreas Fischer \(FDP\)](#) „nicht von kosmetischen Korrekturen“ sprechen wollte, „sondern von einer Generalüberholung“. Er sprach anlässlich der Ersten Lesung des neuen Gesetzentwurfs im Plenum von einem „Tag der Freude für die Bürgerrechte“. Die CSU räumte ein, dass ihr die Nachbesserung des Gesetzes schwerfalle. In einer Koalition müsse man Kompromisse schließen, „die einem nicht immer gefallen“, so [Petra Guttenberger \(CSU\)](#).

Aus Sicht der SPD werden mit dem Gesetzentwurf wichtige Kritikpunkte der SPD aufgegriffen und teilweise entschärft. „Wenn jemand die von der CSU weggenommenen Bürgerrechte zurückgibt, dann ist es aber weder die Koalition noch die FDP, sondern sind es die Beschwerdeführer in Karlsruhe und das Bundesverfassungsgericht“, erklärte [Franz Schindler \(SPD\)](#). Die Entschärfungen des Versammlungsgesetzes reichten nach seiner Ansicht nicht aus, um die Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe für erledigt erklären zu können. Mit Blick auf den eigenen Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sagte [Florian Streibl \(Freie Wähler\)](#): „Wir haben zwei Ansätze vorliegen, doch wo der eine zu weit springt, springt der andere nach unserer Meinung zu kurz.“ Bei dem einen, so Streibl, schimmere ein leichtes Misstrauen gegen die Staatsgewalt durch, bei dem anderen ein leichtes Misstrauen gegen diejenigen, die sich versammeln wollen. Die Wahrheit liege in der Mitte. Die Grünen werteten den neuen Anlauf als deutlichen Erfolg für den anhaltenden Protest von Opposition und Verbänden: „Endlich hat die CSU einsehen müssen, dass ihr umstrittenes Gesetz elementare Rechte einer demokratischen Gesellschaft verletzt“, so [Christine Stahl \(Bündnis 90/Die Grünen\)](#). /kh

Serie - Teil 3: Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

## Parlamentarische Schnittstelle für Sicherheit

*Sie sind die „Werkstätten“ des Parlamentsbetriebs: die Ausschüsse. Jeder der zwölf ständigen Ausschüsse des Landtags ist für ein bestimmtes Politikfeld zuständig. Hier beraten die Experten der Fraktionen Gesetzentwürfe und Anträge, zu denen sie Beschlussempfehlungen abgeben. Dadurch werden inhaltlich die Sitzungen und Entscheidungen der Vollversammlung vorbereitet. „Maximilianeum“ stellt die Ausschüsse der Reihe nach vor – in dieser Ausgabe die Aufgaben des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit.*

Traditionell in der Mitte der Legislaturperiode müssen sich die Mitglieder des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit mit einem Thema befassen, das vielerorts in Bayern die Emotionen hochkochen lässt. Das Innenministerium legt dann einen Gesetzentwurf zur Beratung vor, mit dem in Einzelfällen die „kommunale Gliederung des Staatsgebietes“ geändert werden soll. Dahinter verbirgt sich der Wunsch zahlreicher Ortschaften, die ungeliebte Eingemeindung in die Nachbargemeinde im Zuge der Gebietsreform vor über 30 Jahren rückgängig zu machen oder aus

einer Verwaltungsgemeinschaft auszuscheiden. Bei diesem oft jahrelangen „Freiheitskampf“, den die Abgeordneten nach streng objektiven Kriterien wie Steuerkraft oder Einwohnerentwicklung entscheiden sollten, muss es nicht immer so weit gehen wie einst zwischen den unterfränkischen Gemeinden Ermershausen und Maroldsweisach, die ihren Trennungszwist mit Straßenblockaden und diversen Handgreiflichkeiten austrugen, aber Herzblut ist in fast jedem Fall dabei. Im „Innenausschuss“ mit seinen 20 Mitgliedern, zehn von der CSU, vier von der SPD



20 Parlamentarierinnen und Parlamentarier gehören dem sogenannten „Innenausschuss“ an. Foto: Poss

sowie je zwei von Freien Wählern (FW), Grünen und FDP, geht es also um die inneren Angelegenheiten des Freistaats: um alle Angelegenheiten der Kommunen im Staatsgefüge, um Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, staatlichen Hoch- und Straßenbau. Juristen sind hier in erster Linie gefragt – und erfahrene Kommunalpolitiker.

### Geballte kommunalpolitische Kompetenz

Mit einer früheren Landrätin als Vorsitzende sowie ehemaligen Oberbürgermeistern und zahlreichen Stadt-, Gemeinde- und Kreisräten

als Mitgliedern. ist in dieser Wahlperiode geballter kommunalpolitischer Sachverstand im Ausschuss vertreten.

Wer, wenn nicht erfahrene Kommunalpolitiker, kennt sich schon aus in den Untiefen der kommunalen Abwasserentsorgung, mit Fragen der Einsatzfähigkeit der örtlichen Feuerwehren oder den Nöten der Kommunen bei ihrer Finanzausstattung. So hatte zum Beispiel die bei Studenten und fern der Heimat eingesetzten Polizisten unbeliebte Zweitwohnungssteuer ihre Geburtsstunde im

## Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

„Innenausschuss“, indem man den Wunsch von Fremdenverkehrsgemeinden aufgriff, die die Besitzer von Ferienwohnungen an den laufenden Kosten für die allgemeine Daseinsvorsorge beteiligen wollten. Als die unbeabsichtigten Nebenwirkungen für Studierende und Geringverdiener in Großstädten

bemerkbar wurden, kam die Initiative zur Entschärfung der Regelung für diesen Personenkreis auch aus den Reihen der Innenpolitiker. Bei der jährlichen Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs ist der „Innenausschuss“ ohnehin beratend tätig. Zu den nach außen sichtbarsten Aufgaben des

Ausschusses gehört aber das weite Feld der Inneren Sicherheit. Regelmäßig befassen sich die Abgeordneten mit Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung oder der Verhinderung von Straftaten. Die Bandbreite reicht von der Diebstahlsprävention über verbesserte Fahndungsstrategien bis hin zum Umgang mit den Gefährdungen durch den internationalen Terrorismus. Im Mittelpunkt steht dabei häufig das Polizeiaufgabengesetz, dessen Veränderungen wie bei der präventiven Wohnraumüberwachung oder bei der Online-Durchsuchung von Computern meist strittig debattiert werden.

### Randale bei Fußballspielen

Es gilt, stets die möglichst beste Lösung im Spannungsfeld zwischen der Wahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte und dem Schutz der Bürger vor Straftaten zu finden. Ein klassisches Beispiel dafür war in der vergangenen Legislaturperiode die Neufassung des bayerischen Versammlungsrechts, in dem Zulassung und Ablauf von Demonstrationen geregelt sind. Hier prallten die unterschiedlichen Denkansätze von Regierung und Opposition besonders hart aufeinander, am Ende musste das Bundesverfassungsgericht klärend eingreifen. Aktuell befasst sich der Ausschuss zum Beispiel intensiv mit Maßnahmen gegen die zunehmende Randalie im Umfeld von



Fußballspielen. Fachlich begleitet hat der „Innenausschuss“ auch die von der Staatsregierung vorgelegte Organisationsreform bei der bayerischen Polizei und die Neuordnung des Rettungswesens im Freistaat.

Zu den regelmäßigen Aufgaben des Gremiums gehört zudem die Beratung des jährlich vom Innenministerium verfassten Verfassungsschutzberichts und der amtlichen Kriminalitätsstatistik. Auch versucht der Ausschuss, Einfluss auf die Planungen zum Um- und Ausbau des bayerischen Straßennetzes und auf die staatliche Wohnungsbauförderung zu nehmen. Das Tätigkeitsspektrum des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit ist also groß, betroffen von seinen Entscheidungen sind die Bürger oft unmittelbar.

*/Jürgen Umlauf*



Regelmäßig als Thema auf der Tagesordnung des „Innenausschusses“: die Personal- und Sachausstattung der Polizei in Bayern.

*Foto: GdV*

## Porträts der beiden Vorsitzenden

### Gabriele Pauli (Freie Wähler)

Als die Vorsitze der Ausschüsse vergeben wurden, war für Gabriele Pauli klar, dass sie sich um den des „Innenausschusses“ bewerben würde. „Weil mir viele kommunale Fragen aus meinem früheren Amt vertraut sind. Ich kann die Sicht der Kommunen sehr gut nachvollziehen“, sagt Pauli, die 18 Jahre lang Landrätin im Landkreis Fürth war. Insofern habe sie nun einen Wunschposten inne. Neu ist für sie indes eines: Anders als im Kreistag, wo Themen meist nur einmal auf der Tagesordnung stehen, werde im Ausschuss ein und derselbe Antrag bei Bedarf öfter bearbeitet. Neun von zehn Themen, die Pauli und ihr Stellvertreter Christian Meißner auf die Tagesordnung setzen, kommen über Petitionen und Anträge von Abgeordneten. Hin und wieder organisiert sie jedoch auch eigene Tagesordnungspunkte wie jüngst einen Informationsbesuch bei der Nürnberger Polizei.

Wer die promovierte Betriebswirtschaftlerin die Sitzungen des Ausschusses ruhig und objektiv leiten sieht, mag kaum glauben, dass Pauli 2007 für großen Wirbel auf der Bühne Bayerns gesorgt hat: Viele in ihrer ehemaligen Partei, der CSU, rechnen ihr den Sturz von Edmund Stoiber zu. In der Folge wurden innerparteiliche Anfeindungen zum Anlass für Paulis Wechsel zu den FW, für die sie im vergangenen September in den Landtag einzog.

Pauli drückt ihr politisches Selbstverständnis in einer Schrift mit dem Titel „Von Menschen für Menschen – Beginn der ganzheitlichen Politik“ aus. Da wundert es kaum, dass sie sich auch als Ausschussvorsitzende trotz aller politischer Kontroversen um ein Miteinander im Gremium bemüht. „Es ist eine Zusammenarbeit über



Foto: Poss

Parteigrenzen hinweg möglich“, sagt die Fränkin. Insgesamt beschreibt die 51-Jährige das Klima im Ausschuss jedenfalls als „konstruktiv und offen“. Selbstverständlich gebe es unter den Mitgliedern auch unterschiedliche Auffassungen. Doch

würden diese stets sachorientiert diskutiert. „An der Stimmung gibt es also kaum etwas zu verbessern“, sagt Pauli. Dazu trage ihr Stellvertreter Meißner, mit dem die Vorsitzende seit Kurzem sogar per Du ist, maßgeblich bei: „Die Zusammenarbeit mit ihm ist sehr angenehm und kollegial.“

➔ MEHR

/Alexandra Kournioti

### Christian Meißner (CSU)

Erst vor Kurzem hat Christian Meißner eine Premiere gefeiert: Zum ersten Mal leitete der stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses die Sitzung des Gremiums. Die Vorsitzende Gabriele Pauli war nämlich verhindert. Ruhig und sachlich arbeitete er mit seinen Kollegen die Tagesordnung ab. „In unserem Gremium gibt es kaum Schaufensterreden“, sagt der 39-Jährige. Er schätzt die stringenten und sachlichen Diskussionen im Ausschuss. „Man kann von einer richtigen Arbeitsatmosphäre sprechen“, sagt er.

Seit 1998 Landtagsabgeordneter, hat der Lichtenfelder mit den im Innenausschuss behandelten Belangen „ein Themengebiet gefunden, mit dem ich mich identifizieren kann“. Da gebe es viele Felder, die seine Interessen berühren. Dass ihm die Innenpolitik besonders liegt, stellte der Vater eines Sohnes vor einem Jahr fest: Damals startete er erfolgreich eine Kampagne zur Abschaffung der Zweitwohnungssteuer für Studenten. Meißner: „Da habe ich Blut geleckt für innenpolitische Themen.“ Die Situation bei Polizei und Feuerwehr interessieren den Stadt- und Kreisrat ebenso wie die Winterdienstpauschale – zumal es sich um Angelegenheiten handelt, mit denen er auch als Lokalpolitiker konfrontiert wird. Eines ist Meißner dabei allerdings wichtig: „Die Stimmkreisarbeit muss

man von der Ausschussarbeit trennen“, findet er. Auch käme ihm niemals in den Sinn, als Sitzungsleiter einen Parteikollegen bevorzugt zu behandeln: „Da hat man zwei unterschiedliche Hüte zu tragen.“ Gabriele Pauli kannte er vor der gemeinsamen Zeit im Innenausschuss nicht persönlich. Jetzt lobt er die „freundliche



Foto: Poss

und professionelle Zusammenarbeit“ mit der Vorsitzenden. Die macht er auch daran fest, dass Kollegin Pauli ihn etwa in die Zusammenstellung der Tagesordnung miteinbezieht. Gemeinsam entscheiden sie beispielsweise, welche Petitionen

öffentlich und welche nichtöffentlich behandelt werden. Meißner behält im Auge, welche Abgeordneten sich zu Wort melden und zählt bei Abstimmungen die Stimmen. Der wichtige Sitz an der Kopfseite des Konferenztisches hat den Franken aber nicht überheblich gemacht: Auch von vorne sieht die Lage nicht anders aus.

➔ MEHR

/Alexandra Kournioti

## In den Fängen der DDR-Hydra

### Experte Müller-Enbergs gibt Einblicke in die Arbeit der Stasi

*Nach drei Wochen im Maximilianeum ist die viel beachtete Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ nach Bremen weitergezogen. Zum Abschluss der Ausstellung über die menschenverachtenden Machenschaften der Stasi begrüßte Landtagsvizepräsidentin Christine Stahl (Bündnis 90/Die Grünen) einen hochkarätigen Gastredner.*

Dr. Helmut Müller-Enbergs von der Behörde „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ (BStU) hielt im Filmsaal des Landtags einen kurzweiligen Vortrag über einige äußerst brisante Personalien des DDR-Geheimdienstes. Denn neben den hauptamtlichen Mitarbeitern unterhielt das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) – im weitaus größeren Umfang als bisher angenommen – ein Netzwerk an inoffiziellen Mitarbeitern (IM), die als Spitzel in Ost- und Westdeutschland Jahrzehnte lang Informati-

onen an das Ministerium weitergaben. Rund 189.000 Spitzel, so das Ergebnis einer Studie Müller-Enbergs', waren zum Zeitpunkt des Mauerfalls 1989 noch für die Stasi tätig. Das entspricht jedem 55. erwachsenen Bürger in der ehemaligen DDR. Eine erschreckend hohe Zahl, die zudem in klarer Diskrepanz zu den bisher bekannten Daten steht. Die letzte offizielle Zahl der IM lag um 15.000 Personen niedriger.

#### Spitzel aus ideeller Überzeugung

Zwei Stunden lang referierte Müller-Enbergs über die Arbeitsweise der IM und deren Tarnung. Auch zwei Jahrzehnte nach der Auflösung des DDR-Überwachungsapparats sind noch längst nicht die Identitäten aller Spitzel aufgedeckt. Es wird vermutet, dass darunter auch der Öffentlichkeit bekannte Personen sind. Die jüngsten Forschungen zeigen, dass die Stasi gerade über die umtriebigen IM Zugriff auf den engsten Regierungskreis der Bundesrepublik hatte.

Beim Mauerfall waren noch über 1550 Agenten im Westdeutschland aktiv – die Ermittlungsverfahren liefen bislang weitgehend ins Leere. In der Bundesrepublik wurden die IM primär in Wirtschaft und Forschung eingesetzt. Im ehemaligen Regierungssitz Bonn sollen 112 Spitzel

tätig gewesen sein, verteilt auf das Kanzleramt, die Ministerien und andere Regierungsstellen. In Bayern spionierte IM vor allem in München und Würzburg.

Mit solch brisanten Fakten stieß Müller-Enbergs, der 2008 Band drei seines Werkes „Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit“ veröffentlichte, in der Vergangenheit nicht immer auf ein positives Echo. Als Leiter der „Rosenholz“-Forschergruppe, die bei über 40 Bundestagsabgeordneten in der Legislatur-

periode 1969 bis 1972 Stasi-Kontakte aufdeckte, produzierte der Historiker Schlagzeilen.

Nach Müller-Enbergs waren die Stasi-IM in einer komplexen, hierarchischen Struktur organisiert. Das Durchschnittsalter lag zwischen 40 und 50 Jahren. Der Frauenanteil war mit 17 Prozent im Vergleich zu anderen historisch verwandten Geheimdiensten recht hoch. Im Schnitt dienten die Spitzel zehn bis 14 Jahre. Erstaunlich sei es, dass drei Viertel der Agenten

aus ideeller Überzeugung in die Dienste der Stasi traten. Nur bei 25 Prozent waren finanzielle Entlohnungen entscheidend. Ein Prozent der IM wurde durch Erpressung – etwa durch Haftandrohung für vergangene Straftaten – zum Eintritt gezwungen.

Durch die gewonnenen Daten konnte die DDR laut Müller-Enbergs im wirtschaftlichen und technologischen Bereich ihren Rückstand auf Westdeutschland verringern. Genutzt hat es wenig: 1989 haben sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR eindeutig für die Freiheit entschieden. /Christof Nikolai



Landtagsvizepräsidentin Christine Stahl im Gespräch mit dem Stasi-Experten Dr. Helmut Müller-Enbergs.

Foto: Poss

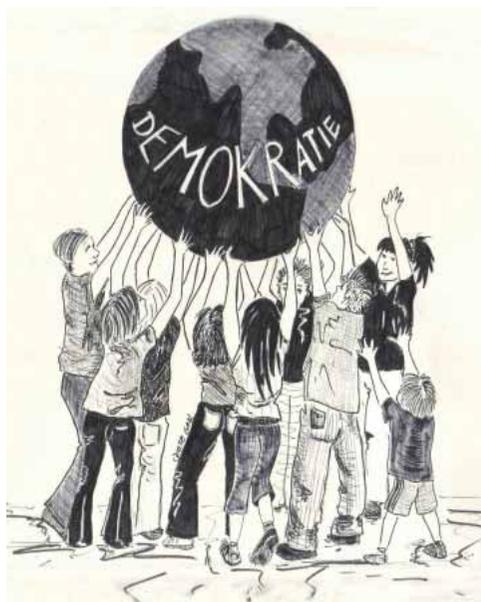
## Einsatz für Demokratie

### Bürgerkulturpreis 2009 des Bayerischen Landtags

*Menschen und Projekte, die sich für demokratische Strukturen in Staat und Gesellschaft engagieren, stehen in diesem Jahr im Fokus des Bürgerkulturpreises. Die Bewerbungsfrist des Wettbewerbs zum Thema „Demokratie leben und stärken“ läuft noch bis zum 31. Juli.*

Die Demokratie lebt von der Beteiligung der gesamten Gesellschaft. Sie muss auf allen Ebenen – nicht nur von der Politik – praktiziert werden. Mit dem diesjährigen Preis sollen Initiativen ausgezeichnet werden, die aktive Mitsprache und verantwortungsvolle Teilhabe an demokratischen Prozessen fördern.

**Menschen motivieren, Demokratie zu leben**  
Dabei ist vor allem an beispielhafte Projekte gedacht, die außerhalb der institutionalisierten demokratischen Gremien und Parteien Menschen motivieren, Demokratie zu leben: „Wir brauchen verstärkt eine Kultur des Hinschauens, um die Demokratie zu festigen. Das



„Demokratie leben und stärken“ heißt das Leitthema des Bürgerkulturpreises 2009.

*Karikatur: Gabriele Dietz*

Wegschauen ist der falsche Weg“, betont Landtagspräsidentin Barbara Stamm. Der Preis, der ehrenamtliche Bürgerbeteiligung belohnen soll, ist mit 26 000 Euro dotiert.

Diese Summe kann auch auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden und ist für die prämierten Projekte zu verwenden. Verbände, Vereine, Initiativen und ähnliche Organisationen, die in diesem Bereich aktiv sind, können sich nicht nur selbst bewerben – sie können auch von Dritten für die Auszeichnung vorgeschlagen werden. Voraussetzung ist, dass das Projekt seit mindestens einem Jahr läuft.

Wer den Preis erhalten soll, darüber entscheidet ein Beirat unter dem Vorsitz der Landtagspräsidentin. Der Beirat setzt sich aus Vertretern der Landtagsfraktionen, der bayerischen Landtagspresse sowie von Gemeinde- und Städtetag zusammen. Die Verleihung findet am 7. Dezember statt.

**Bewerbungsformulare und Informationen unter:**  
[www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de),  
„Bürgerkulturpreis“ auf der Startseite  
oder unter Telefon 089/4126 2731 bzw.  
per E-Mail: [renate.mayer@bayern.landtag.de](mailto:renate.mayer@bayern.landtag.de).

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an: Bayerischer Landtag, Maximilianeum, 81627 München, Stichwort: Bürgerkulturpreis. Bewerbungsschluss ist Freitag, 31. Juli 2009.

### Integrationspreis Bayern JobErfolg 2009

Zum fünften Mal wird im Rahmen des Welttages für Menschen mit Behinderung am 3. Dezember der Integrationspreis „JobErfolg – Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz“ verliehen.

Ausgezeichnet werden private und öffentliche Arbeitgeber, die besondere Anstrengungen unternommen haben, um Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben zu integrieren.

Damit wird einerseits die Leistungsfähigkeit von Menschen mit Behinderung hervorgehoben, andererseits werden Arbeitgeber ermutigt, Menschen mit Behinderung in das Erwerbsleben aufzunehmen. Die Ausschreibungsbedingungen sowie Informationen über die Ansprechpartner gibt es auf der Internetseite des Zentrums Bayern Familie und Soziales.



## Internationale Gäste im Maximilianeum

### Landtagspräsidentin Barbara Stamm empfing Delegationen aus Kroatien und der Türkei

*Bayern bleibt für Kroatien ein verlässlicher Begleiter auf dem Weg in die Europäische Union. Das versicherte Landtagspräsidentin Barbara Stamm dem kroatischen Parlamentspräsidenten Luka Bebić, der Anfang Mai an der Spitze einer hochrangigen Delegation Gast im Maximilianeum war. Einen Tag vorher hatte die Landtagspräsidentin ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter Ahmet Acet geführt.*

In ihrer Rede beim Besuch der kroatischen Delegation verwies Barbara Stamm auf die langen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kroatien und Bayern. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit belegte die Präsidentin mit eindrucksvollen Zahlen: 1300 bayerische Firmen unterhalten inzwischen Geschäftsbeziehungen zu Kroatien; der Handel erreichte im Jahre 2008 ein Volumen von 770 Millionen Euro. Seit dem Ende des Krieges im früheren Jugoslawien sei Kroatien auch wieder ein beliebtes Reiseziel für Touristen aus Bayern.

Die Delegation aus Kroatien hatte kurz an der Plenarsitzung des Bayerischen Landtags teilgenommen. Die Gäste führten dann intensive Gespräche mit Mitgliedern des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Ausschusses für Umwelt und Gesund-

heit. Unter der Leitung von Sepp Daxenberger (Bündnis 90/Die Grünen) diskutierten auf bayerischer Seite Otto Hünnerkopf und Albert Füracker (beide CSU), Ludwig Wörner von der SPD und Adi Sprinkart (Bündnis 90/Die Grünen). Ein wichtiges Thema war die Gentechnik.

#### Luka Bebić: Kroatien ist bereit für die Europäische Union

„Es gab in vielen Punkten große Übereinstimmungen“, berichtete der kroatische Parlamentspräsident Luka Bebić nach den intensiven Gesprächen mit den Abgeordneten. Am Abend gab Landtagspräsidentin Barbara Stamm ein Essen für die Gäste, an dem auch die Vizepräsidenten Peter Meyer, Christine Stahl und Jörg Rhode teilnahmen. Der kroatische Parlamentspräsident Luka Bebić schilderte dabei die Anstrengungen Kroatiens



*Feierlicher Augenblick: Eintrag des kroatischen Parlamentspräsidenten Bebić und seiner Delegation in das Ehrenbuch des Bayerischen Landtags.*

Fotos: Poss

## Internationale Gäste im Maximilianeum



Zeichen der Verbundenheit: Ein Geschenk für die kroatischen Parlamentarier, überreicht von Landtagspräsidentin Barbara Stamm.

Fotos: Poss



Die kroatische Delegation im Gespräch mit den Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses.



Begrüßung von Luka Bebić (v.l.): Sepp Daxenberger, Albert Füracker und Adi Sprinkart.



Antrittsbesuch bei der Landtagspräsidentin: der türkische Botschafter Ahmet Acet.

für die geplante Aufnahme in die Europäische Union. „Bis auf einige Ergänzungen sind wir bereit für die EU“, ist der Parlamentspräsident überzeugt.

### Bildung als wichtigstes Zukunftsthema

Einen Tag vorher führte Landtagspräsidentin Barbara Stamm ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter Ahmet Acet. Beide waren sich einig, dass das Thema Bildung für beide Länder das wichtigste Zukunftsthema ist.

### Deutsche Sprache entscheidend

Für Migranten in Deutschland spiele dabei die deutsche Sprache eine entscheidende Rolle. „Ohne die Sprache des Gastlandes beziehungsweise des neuen Heimatlandes gibt es keine Integration“, betonte die Landtagspräsidentin.

/hw

## Rückkehr nach Sarajewo

Satko Bitanga, Generalkonsul von Bosnien und Herzegowina, besuchte am 13. Mai den Bayerischen Landtag, um sich von Landtagspräsidentin Barbara Stamm zu verabschieden und ihr für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren zu danken. Nach mehr als drei Jahren Dienst in München kehrt er zurück nach Sarajewo.

[MEHR](#)



Abschiedsbesuch bei der Landtagspräsidentin

# Jede Stimme zählt

## Deutschland wählt am 7. Juni seine Vertreter für das Europaparlament

*375 Millionen Wahlberechtigte in 27 EU-Staaten sind vom 4. bis 7. Juni aufgerufen, die 736 Abgeordneten des Europäischen Parlaments für 5 Jahre neu zu wählen. In Deutschland werden 99 Mandate vergeben. Die Wahllokale sind hier am Sonntag, 7. Juni, von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Der Wahltag liegt in Bayern mitten in den Pfingstferien. Deshalb der Hinweis: Auch Briefwahl ist möglich!*

Der Wahlvorgang ist denkbar einfach: Es stehen nur Listen zur Wahl, es gibt keine Wahlkreise und Direktmandate. Eine Veränderung der Reihenfolge der auf der Liste stehenden Kandidaten ist nicht möglich.

Es gibt keine europaweiten Listen, sondern die Listen werden für jeden Mitgliedstaat gesondert aufgestellt. In Deutschland stehen 30 bundesweite Listen zur Wahl. Mit Landeslisten werden lediglich CDU und CSU (nur in Bayern) antreten.

Es gilt aber bundesweit die Fünf-Prozent-Klausel: Um Abgeordnete ins Parlament zu entsenden, muss eine Partei bundesweit auf fünf Prozent kommen, auch wenn sie nur in einem Land antritt.

Wer in einem anderen EU-Staat als seinem Heimatstaat lebt, kann wie bei Kommunalwahlen entscheiden, ob er in seinem Herkunftsland oder in dem Land, in dem er wohnt, wählen möchte.

### Europäische Gesetzgebung: Bedeutung wird unterschätzt

Das EU-Parlament entscheidet über zahlreiche Regeln, die direkte Auswirkungen auf unser tägliches Leben haben: Umwelt- und Verbraucherschutz, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und die für das exportorientierte Deutschland besonders wichtigen Regeln für den gemeinsamen Binnenmarkt.

Wie wichtig europäische Gesetzgebung ist, bemerken viele aber oft erst dann, wenn Probleme



*Das Europäische Parlament repräsentiert die zweitgrößte Demokratie der Welt: Nur in Indien gibt es mehr Wahlberechtigte, die nach demokratischen Grundsätzen wählen.*

*Foto: ddp*

ungelöst bleiben, weil man sich nicht auf gemeinsame Regeln einigen konnte. Ein aktuelles Beispiel dafür war das Fehlen eines Rechtsrahmens und von Überwachungsmechanismen für die Finanzmärkte.

Die Parteien im Europäischen Parlament geben

auf diese Herausforderungen oft sehr unterschiedliche Antworten. Welche Regeln für das Zusammenleben der 27 Staaten in Zukunft gelten, hängt deswegen entscheidend von der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, also vom Wahlergebnis ab. [➔ MEHR](#) /Jochen Kubosch

## Malerei und Glasgestaltung von Rike Scholle

In Zusammenarbeit mit dem Berufsverband Bildender Künstler (BBK) setzt die SPD-Landtagsfraktion ihre Ausstellungsreihe mit Arbeiten bayerischer Künstlerinnen und Künstler fort: Bis zum 30. September zeigt Rike Scholle aus Haardorf (Landkreis Deggendorf) in den Geschäftsräumen der Fraktion Malerei und Glaskunst – einen Kronleuchter inklusive .

Bei der Vernissage am 13. Mai stellten Klaus von Gaffron, Vorsitzender des Berufsverbands Bildender Künstler in Bayern, und der niederbayerische BBK-Vorsitzende Hubert Huber die Künstlerin vor. Rike

Scholle, geboren in Hamm, Westfalen, hat ihre Ausbildung zur Glasmacherin im niederbayerischen Zwiessel absolviert und 2005 in Niederbayern ihre eigene Atelierwerkstatt eröffnet.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget eröffnete die Ausstellung. „Kunst und Kunstförderung soll im Landtag nicht nur Thema kulturpolitischer Debatten sein“, begründete die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Johanna Werner-Muggendorfer die Initiative, die 2004 begonnen wurde.

Geöffnet ist die Ausstellung jeweils von Montag bis Donnerstag, 10 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle der SPD-Landtagsfraktion, Bayerischer Landtag, Maximilianeum, München.

Informationen zur Künstlerin: [www.scholle-deubzer.de](http://www.scholle-deubzer.de)

Bei der Vernissage (von links): BBK-Landesvorsitzender Klaus von Gaffron, Franz Maget, Rike Scholle, Johanna Werner-Muggendorfer und Niederbayerns BBK-Vorsitzender Hubert Huber. Foto: Bernd Eichhorn



## Helfer für junge Demokratien



*Hauptredner des Abends: Heribert Prantl, mehrfach preisgekrönter Journalist der Süddeutschen Zeitung.*

Foto: ddp

Im besten Fall sind Journalisten Entwicklungshelfer der Demokratie. Wenn sie ihre Haltung bewahren. Wenn sie unabhängig bleiben. Wenn sie kritisch sind. Wenn sie Nachrichten als das begreifen, was sie dem Wortlaut nach sein sollten: Informationen, nach denen sich die Leser richten können. So

lautete das Fazit von Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik bei der *Süddeutschen Zeitung*. Prantl referierte im Rahmen der Veranstaltung zum Internationalen Tag der Pressefreiheit, der erstmals im Maximilianeum gefeiert wurde. Als Schirmherrin begrüßte Landtagspräsidentin Barbara Stamm ein

bunt gemischtes Publikum aus jungen, aber auch arrivierten Medienvertretern.

Die Organisatoren – Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation, Bayerischer Journalistenverband und Medien Campus Bayern – hatten das Thema Pressefreiheit aus verschiedenen Blickwinkeln zur Diskussion gestellt. Herausragend war dabei das historisch-kritische Referat Prantls, in dem er auch hart mit der Judikative ins Gericht ging. Die Pressefreiheit müsse immer dann beiseite springen, wenn der Staat mit Blaulicht daherkomme. Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchungen führten das Zeugnisverweigerungsrecht – und damit eine wesentliche Säule der Pressefreiheit – ad absurdum. */aki*



*Gedanken zur Pressefreiheit (v.l.): Gabriele Goderbauer-Marchner (Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation, MHMK), Wolfram Eberhardt (Focus), Thomas Morawski (BJV), Assaf Uni, Europa-Korrespondent der israelischen Zeitung Haaretz, Gemma Pörzgen (Reporter ohne Grenzen), Christiane Schlötzer (Journalisten helfen Journalisten), Prof. Dr. Martin Welker (MHMK).* Foto: aki

## Landeswettbewerb „Jugend debattiert 2009“

Für Zoe Seiferlein (3. v.l.) war der Fall klar: „Schulen dürfen keine Festungen werden“, schloss sie ihr leidenschaftliches Plädoyer. Am Ende überzeugte die Vertreterin des Nürnberger Melanchthon-Gymnasiums mit ihrer Argumentation zum Thema „Soll das Betreten und Verlassen des Schulgebäudes generell kontrolliert werden?“ die Jury und siegte so beim bayerischen Finale des Wettbewerbs „Jugend debattiert“. Seiferlein vertrat ihre Schule bei der Endausscheidung

im Maximilianeum in der Kategorie der Klassen 8 bis 10. In den Jahrgangsstufen 11 bis 13 hatte Evelyn Fischer von der Staatlichen Fachoberschule und Berufshochschule in Augsburg die besten Argumente. Sie bejahte die Fragestellung „Soll der Einsatz der Grünen Gentechnik in Bayern verboten werden?“

Die beiden Landessiegerinnen sowie die zweitplatzierten Jacob Hetzel vom Chris-



„Engagieren Sie sich“, appellierte Landtagsvizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer.



Die Finalisten des Landeswettbewerbs präsentierten ihre Urkunden: Zoe Seiferlein (3.v.l.) gewann in der Jahrgangsstufe der Klassen 8 bis 10. Sie vertritt Bayern in Berlin.

Fotos: Helmö

troph-Jacob-Treu-Gymnasium aus Lauf und Tobias Heintz vom Balthasar-Neumann-Gymnasium aus Marktheidenfeld werden Bayern beim Bundeswettbewerb in Berlin vertreten. Die Finalisten mussten sich in der Vorrunde gegen rund 10 000 Schüler aus dem gesamten Freistaat durchsetzen. „Jugend debattiert“ ist ein Projekt der Hertie-Stiftung in Kooperation mit den Kultusministerien der Länder. Im Finale hat jeder Debattierende zu Beginn zwei Minuten Redezeit. Nach einem zwölfminütigen Meinungsaustausch folgen die Schlussworte. Bewertet werden Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft. Landtagsvizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer wünschte sich in seiner Begrüßungsrede „möglichst viele der Teilnehmer irgendwann in der Politik wiederzusehen“. [MEHR](#) bia/aki

### KZ-Überlebende im Landtag

#### „Wir haben keinen Groll“

„Wir haben keinen Groll, keine negativen Gefühle gegenüber den Deutschen. Wir slawischen Völker können verzeihen“, sagen Aleksandr T. Marinitschenko (links) und Wassilij Wolodko. Die beiden gehören einer Delegation aus sieben Überlebenden des Konzentrationslagers Dachau an. Zehn Tage lang reisten sie durch die Orte, in denen sie einst unter dem Nazi-Regime schier unglaubliche psychische und physische Misshandlungen erlitten. Bewegt hörte sich Landtagspräsidentin Barbara Stamm diese grausamen Erinnerungen der sechs Männer und der einen Frau aus der Ukraine, aus Weißrussland und aus der Slowakei an: Anschließend sagte sie gerührt: „Eine solche Stunde habe ich nicht immer. Das ist für mich etwas ganz Besonderes.“

hw, aki/ Foto: Poss



## Wanderausstellung „tourt“ wieder

Wer ist Mitglied des Bayerischen Landtags? Welche Fraktionen sind dort vertreten? Wie viele Ausschüsse gibt es und welche Themen werden dort behandelt? Fundiert und kompakt informiert die für die 16. Wahlperiode neu überarbeitete Ausstellung „Der Bayerische Landtag“ über Arbeit und Struktur des Parlaments. Seit 27. April ist die beliebte Ausstellung im Freistaat wieder „auf Tour“.

Viele Informationen, kurze Texte, eine moderne optische Aufbereitung – basierend auf diesen Vorgaben wurde eine Ausstellung entwickelt, die auf 22 Bildtafeln und mithilfe einer Power-Point-Präsentation die Zusammensetzung des Bayerischen Landtags, seine Aufgaben und die Abläufe im Parlament anschaulich darstellt. Über ein Computerterminal können Besucherinnen



Heilsbronn war die erste Station der neu überarbeiteten Wanderausstellung „Der Bayerische Landtag“. Im Gespräch (von rechts): die Abgeordneten Klaus Dieter Breitschwert (CSU) und Christa Naaß (SPD), Heilsbronn's Bürgermeister Dr. Jürgen Pfeiffer und Sparkassen-Vorstandsmitglied Werner Frieß. Foto: Photoatelier im Platenhaus Ansbach

und Besucher das Internetangebot des bayerischen Parlaments aufrufen, Wissenswertes über seine Geschichte seit 1819 nachlesen und einen 25-minütigen Film anschauen.

Nach der Aktualisierung der Inhalte in der neuen Wahlperiode startete die Wanderausstellung Ende April neuerlich ihre Tour durch Bayern. In den nächsten Wochen und Monaten wird die Dokumentation wieder in vielen Städten und Landkreisen des Freistaats Station machen. Termine und weitere Informationen finden Sie unter: [www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de), Aktuelles/Veranstaltungen/Ausstellungen. /kh 

### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München  
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

#### Redaktion:

Katja Helmö (V.i.S.d.P., Landtagsamt)  
Tobias Lill (Bayerische Staatszeitung)

#### Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online  
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München  
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: [maximilianeum-online@bayern.landtag.de](mailto:maximilianeum-online@bayern.landtag.de)

#### Grafik/Design:

Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinausgehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.

### Anwenderforum eGovernment

Zwei Tage lang fungierte der Steinernen Saal im Maximilianeum als Messehalle: 18 Unternehmen der IT-Branche nutzten Mitte Mai die Gelegenheit, um beim ersten Bayerischen Anwenderforum neueste Entwicklungen rund um eGovernment-Strategien aufzuzeigen. 40 praxisbezogene Vorträge, vor allem Berichte von Erfahrungs- und Kompetenzträgern aus der öffentlichen Verwaltung, standen dazu auf der Agenda. Diskutiert wurde etwa über IT-Sicherheit, IT-Lösungen für eine bürgernahe Verwaltung, Erfolgsmodelle für eine verbesserte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung, E-Akten und E-Archivierung. Die Resonanz war groß: Rund 400 Teilnehmer hatten sich zu dem Forum angemeldet. Repräsentanten aus allen Ebenen der Verwaltung kamen ins Maximilianeum – nicht nur aus Bayern,

sondern auch aus anderen Bundesländern. /kh



Unter dem kritischen Blick König Max II. (Gemälde) tauschten rund 400 Teilnehmer ihre Erfahrungen zum Thema eGovernment aus.

Foto: Helmö